

Bezugspreis:

Für den Monat November 600.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlande sowie Österreich und Rußland 500.- M., für das übrige Ausland 600.- M., Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzeile kostet 120.- M., Reklamazeile 600.- M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 20.- M. (zwei bis drei fertige Zeilen), jedes weitere Wort 2.- M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 15.- M., jedes weitere Wort 12.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familien-Anzeigen für Abonnenten 50.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 46, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 16. November 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 26 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfachkonto 120

Erster Versuch zur Kabinettsbildung.

Die „B.Z. am Mittag“ teilt mit, daß der Reichspräsident im Laufe des heutigen Tages „eine politisch neutrale Persönlichkeit“ zu empfangen beabsichtige, die er mit der Neu- oder Umbildung des Kabinetts zu betrauen gedenke. Diese Nachricht trifft zu. Es ist bekannt, daß keine Partei ein besonders lebhaftes Verlangen nach Befehlung des Kanzlerpostens mit einem ihrer Repräsentanten an den Tag gelegt hat. Der Gedanke liegt daher nahe, den Posten mit einem Mann zu besetzen, der nicht zu den markanten Vertretern einer bestimmten Parteirichtung gehört.

Das genannte Blatt läßt sich eine Loyalität zuschulden kommen, indem es behauptet, der Weg ginge doch zu „Hilferding und Stresemann“, denn der „Vorwärts“ habe Stresemann als Ministerkandidaten genannt, ohne dagegen zu protestieren. Unsere Leser wissen, daß wir die in der übrigen Presse genannten Namen rein referierend wiedergegeben und sogar alphabetisch geordnet haben, um jeden Rückschluß auf unsere Stellungnahme zu vermeiden. Wären Hilferding oder Ludendorff genannt worden, so hätten wir ihre Namen genau so in die objektive Liste eingefügt wie die unserer eigenen Parteigenossen. Bei dieser Gelegenheit sei ergänzend mitgeteilt, daß in der Presse auch die Namen Graf Roedern und Schwander aufgetaucht sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion versammelte sich nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, um 1 Uhr mittags, sondern sie wird heute erst nach Schluß des Plenums wieder zusammentreten.

Englische Pressestimmen.

London, 16. November. (W.B.) Unter den Blättern, die sich heute mit dem Rücktritt des Kabinetts Wirth sowie der Lage in Deutschland befassen, spricht „Daily Chronicle“ von der Regierung Wirth als der bei weitem besten, die vom alliierten Standpunkt und vom Standpunkt der europäischen Demokratie aus gesehen, bestanden habe. Es wäre schade, wenn die Sozialisten außerhalb der Regierung blieben, denn ihre Teilnahme an der Regierung sei für die öffentliche Ordnung wesentlich, und je eher die Alliierten das deutsche Problem anfassern könnten, desto besser sei es, aber es beständen wenig Anzeichen, daß Frankreich für eine konstruktive Annäherungstunde zu haben sei.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, der Rücktritt der Regierung Wirth sei, vom alliierten Standpunkt aus gesehen, im ganzen bedauerlich. Bei den Alliierten läte man gut, sich daran zu erinnern, daß die Alliierten in ihren Geschäften mit Deutschland von der Aufrechterhaltung einer verfassungsmäßigen Regierung in Deutschland abhängen.

Starke Erfolge der Labour Party.

London, 16. November. (W.B.) 8,10 Uhr vormittags. Nach den bisherigen Wahlergebnissen ist der Stand der Parteien: 159 Konservative, 66 Arbeiterpartei, 25 Unabhängige Liberale, 22 Nationale Liberale und acht Angehörige anderer Parteien.

In dieser Zusammenstellung sind offenbar die 57 bereits als gewählt geltenden Kandidaten, die bis zum 4. November ohne Gegenkandidaten geblieben waren, enthalten; darunter befanden sich allein 42 konservative und nur 4 Arbeiterpartei.

Das entspräche ungefähr einem Verlust von je 20 Sitzen der Konservativen und der Anhänger Lloyd Georges und einem Gewinn von 10 Sitzen durch die Anhänger Asquiths und von 30 Sitzen durch die Arbeiterpartei.

Das englische Wahlrecht, über dessen Eigentümlichkeiten und Ungerechtigkeiten wir gestern berichteten, hat den Ausgang der Neuwahlen bis zum letzten Augenblick höchst ungewiß erscheinen lassen. Indessen wurde, besonders in den ersten Tagen nach der Bildung der Regierung Bonar Law, ein großer Erfolg der Konservativen allgemein erwartet, während auf der anderen Seite die Aussichten der Arbeiterpartei als ganz beträchtlich verschlechtert dargestellt wurden. In der letzten Woche des Wahlkampfes schienen sich indessen die Chancen der Arbeiterpartei wieder wesentlich gebessert zu haben, zumal die Verluste der verschiedenen bürgerlichen Parteien, sich in letzter Stunde auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, um die Labour Party in Schach zu halten, fast überall fehlschlagen.

Es wäre natürlich vorzuziehen, aus dem bisher vorliegenden Resultat bereits jetzt weitgehende Schlussfolgerungen zu ziehen. Immerhin bieten die vorliegenden Ergebnisse ein recht eindeutiges Bild: Weit davon entfernt, den vorausgesagten Triumph zu feiern, hat die konservative Partei weit mehr Sitze verloren als neu gewonnen. Noch empfindlicher ist der Mißerfolg, den die Lloyd George treu gebliebenen bisherigen Koalitionsliberalen, die jetzt als Nationalliberalen firmieren, erlitten haben. Dagegen haben die zwei Parteien, die im alten Unterhaus die Opposition bildeten, nämlich die Anhänger von Asquith, die sogenannten unabhängigen Liberalen, und noch mehr die Arbeiterpartei ganz beträchtliche Erfolge erzielt.

Gewiß mag sich das Bild noch etwas ändern, da, wie Reuter in einem heute Nacht abgeschickten Telegramm hervorhebt, die Wahlergebnisse aus dem ländlichen Lande, wo die Konservativen noch immer vorherrschen dürften, erst nach den Ergebnissen aus den Industriezentren bekanntwerden. Aber auch unter den landwirtschaftlichen Arbeitern hat die Labour Party eine sehr rege Agitation entfaltet, die sich ebenfalls in positiven Erfolgen ausdrücken mag.

So sehr auch wir mit unserem Urteil zurückhalten bestrahlt sind, so glauben wir bereits jetzt auf Grund der vorliegenden Meldungen, unsere Meinung als internationale und als deutsche Sozialdemokraten darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die englische Arbeiterpartei nicht allein dem bürgerlichen Ansturm standgehalten, sondern darüber hinaus sogar ganz beträchtliche Erfolge erzielt hat, die geeignet sind, das Ansehen der Weltpolitik in den kommenden Jahren zum Vorteil des englischen wie des europäischen Proletariats zu verbessern.

London, 16. November. (E.E.) Die englischen Wahlen, deren endgültiges Ergebnis zur Stunde noch nicht bekannt ist, scheinen nicht mit einem Erfolge der Konservativen auszugehen. Bisher verliert die Partei Bonar Law 9 Sitze an die Asquith-Gruppierung und 8 an die Arbeiterpartei. Auch die Nationalliberalen der Richtung Lloyd Georges haben Verluste aufzuweisen. Diese beiden Tatsachen könnten eigentlich die Unpopularität der einstigen Koalition beweisen.

Zu den bemerkenswertesten Wahlergebnissen gehört, daß in Glasgow, wo Robert Harne (der frühere Schatzkanzler im Ministerium Lloyd George, ein Konservativer, der sich mit Chamberlain für die Fortsetzung der Koalition erklärt hatte. Red.) mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, über das Schicksal des zweiten Wahlkreises, wo Bonar Law selbst als Kandidat auftritt, zur Stunde noch nichts bekannt ist. Besondere Ueberraschung muß der Wahlsieg des Asquith-Liberalen in Oxford hervorgerufen sowie der Wahlsieg der Arbeiterpartei in Manchester. In Oldham, wo zwei Sitze zu besetzen waren, wurde auf dem einen der frühere Privatschatzkanzler Lloyd Georges, Edward Grigg, als liberaler Kandidat gewählt, für den zweiten ein Arbeiterkandidat, was einen Gewinn der Arbeiterpartei bedeutet. In Nottingham wurde der liberale gegen den bisherigen konservativen Kandidaten gewählt; herbeizuholen ist aber, daß hier die Mehrheit im ganzen nur 21 Stimmen beträgt, wie denn überhaupt viele Sitze mit außerordentlich geringer Majorität gewonnen wurden, die manchmal nur 10 und 11 Stimmen betrug. Dies gilt insbesondere für die Konservativen als auch für die Anhänger der anderen Parteien. In Manchester war der Sieg, den die Arbeiterpartei mit ihrem Kandidaten South über den bisherigen konservativen Abgeordneten Railwood errang, groß. Dieser betrug 1200 Stimmen. Das größte Aufsehen mußte aber erregen, daß in dem Londoner Wahlkreis St. George der Einzelner der konservativen Partei, Oberst Leslie Wilson, mit einer Mehrheit von 3693 Stimmen von dem Sparsamkeitskandidaten Erstine geschlagen wurde. Dieser Kandidat erhielt 11 252, der Oberst Wilson 7559, ein liberaler Kandidat 1903. Im neuen Kabinet ist Oberst Wilson Sekretär des Schatzamtes. Der Führer der Arbeiterpartei, Clynes (dessen Sitz im Wahlkreis Blaiting nach dem „Manchester Guardian“ vom 14. d. M. als besonders gefährdet galt. Red.), wurde wiedergewählt. Als Arbeiterkandidat im Wahlkreis Preston ist Tom Shaw (Sekretär der Zweiten Internationale. Red.) gewählt.

Mac Donald gewählt.

London, 16. Nov. (W.B.) Der Sozialist Ramsay Mac Donald, der bei den letzten Wahlen wegen seines pazifistischen Auftretens während des Krieges geschlagen war, wurde in Aberavon an Stelle der National-Liberalen gewählt.

In der Londoner Vorstadt Leyton haben die Konservativen den Liberalen ihre beiden Sitze abgenommen.

London, 16. Nov. (W.B.) Reuter meldet: Asquith wurde in Palsten gegen den Arbeiterkandidaten gewählt, jedoch nur mit einer Mehrheit von 318 Stimmen. Eine beträchtliche Zahl von Gewinlern der Arbeiter wird aus den verschiedenen industriellen Mittelpunkten, besonders Glasgow, Sheffield und Newcastle gemeldet. Bonar Law wurde mit einer Mehrheit von 2514 gegen den Arbeiter- und den liberalen Kandidaten gewählt. Das erste Mitglied der Regierung, das eine Niederlage erlitten hat, ist der Oberst Stanton, ein Bruder von Lord Derby, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ist. Er wurde in Preston von den liberalen Kandidaten geschlagen.

Prager Chauvinismus.

Die Versöhnungsaktion gescheitert.

Das Abgeordnetenhaus der tschechoslowakischen Republik hat den Antrag der deutschen Sozialdemokraten auf Einsetzung eines Ausschusses zur Regelung der nationalen Fragen mit 130 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Zu diesem bedauerlichen Ereignis wird uns von deutsch-sozialdemokratischer Seite a u s P r a g geschrieben:

Das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen hat in letzter Zeit unstreitig eine Verschlechterung erfahren. In den Erklärungen der neuen Regierung sucht man vergeblich nach einem Worte des Entgegenkommens an die nationalen Minderheiten. Die tschechische Presse hat für die Forderungen der Deutschen nach Sicherstellung ihrer nationalen Existenz nur Worte des Hasses und des Hohnes. Bei den deutschbürgerlichen Parteien wächst die Reizung, den Schwerpunkt des Kampfes außerhalb des Parlaments zu verlegen, womit man sich auf die schiefe Ebene einer uninnigen irredentistischen Politik begibt und unverantwortlichen Faktoren den größten Einfluß auf die nationale Politik einräumt. In der Schaffung einer Kampfgemeinschaft der Nationalpartei und der Nationalsozialisten, die sich von der Arbeitsgemeinschaft der übrigen deutschbürgerlichen Parteien absonderten, kommt diese neueste Entwicklung zum Ausdruck. Sie wird mit Notwendigkeit zur Ursache einer weiteren Verschärfung der nationalen Kämpfe, die nach dem traurigen österreichischen Vorbilde in den Zustand der Unentwirrbarkeit zu führen drohen. Hat doch der Führer dieser neuen Kampfgemeinschaft, Dr. Lodgman, den „Hochverrat“ als Pflicht deutschbewußter Politiker proklamiert, durch welches lächerliches Getue nicht bloß höchst patriotische Entrüstung entfacht, sondern auch den berechnenden Rußneßern des Chauvinismus eine Art Legitimation für ihre deutschfeindliche Politik geliefert wurde.

In dieser Situation hat es die deutsche Sozialdemokratie für notwendig gefunden, einen ernsten Schritt für den nationalen Ausgleich zu tun. Sie hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie die Wahl eines 21gliedrigen Ausschusses verlangt, der Gesetzentwürfe über die Regelung der nationalen Verhältnisse und die rechtliche Stellung der im Staate lebenden Nationen auszuarbeiten und das Resultat binnen drei Monaten dem Hause vorzulegen hat. Um unter allen Umständen vor das Plenum des Hauses zu bringen, haben die Antragsteller unter Ausnützung einer Bestimmung der Geschäftsordnung, die bei Einbringung eines Antrages durch zwei Fünftel der Abgeordneten dessen dringliche parlamentarische Behandlung sichert, die gesamte Opposition für den Antrag mobilisiert.

Ueber das parlamentarische Schicksal des Antrages war kein Zweifel möglich. Der Antrag ist jetzt von der Mehrheit abgelehnt worden. Zur Wahl des geforderten Ausschusses wird es vorläufig nicht kommen. Die Regierungsparteien haben es schon zu verhindern gewußt, daß der zweite Teil des Antrages, der die Aufgabe des gewünschten Ausschusses umschreibt, und seiner Tätigkeit einen Termin setzt, Gegenstand der Verhandlung wurde. Zu beklagen ist es, daß die erste Regierungspartei, die sich der Wiederherstellung des nationalen Friedens entgegenstellt, die tschechische Sozialdemokratie war. Das Zentralorgan der tschechischen Partei, „Pravo Lidu“, sprach schon am Tage nach der Einbringung von einem „mißglückten Antrage“. Sie begründete diese unfreundliche Kennzeichnung mit formellen Scheingründen und mit sachlicher Unzulänglichkeit. Das Blatt nannte die Motive des Antrages „demonstrativ“. Als Beweis führte es an, daß man den Antrag von den oppositionellen Parteien habe unterfertigen lassen, mit den tschechischen Genossen aber unter Verletzung internationaler Verpflichtungen nicht verhandelt habe.

Das sind irreführende Behauptungen. Fürs erste hat man den tschechischen Genossen die Absicht, den Antrag einzubringen, mitgeteilt. Ihre Unterschrift hätten sie natürlich niemals daruntergesetzt, dies im Gegenteil in ihrer unerfütterlichen Koalitionstreue als unerhörte Zumutung empfunden. Das unterliegt für keinen politischen Menschen in der Tschechoslowakei dem allergeringsten Zweifel. Fürs zweite ist es selbstverständlich, daß man, um die Angelegenheit der parlamentarischen Behandlung zuführen zu können, die Unterschriften von dort holt, wo man sie bekommen kann, von den Parteien der Opposition. Wenn es den tschechischen Genossen um die Erfüllung ihrer internationalen Pflicht zu tun war und sie die deutsche Sozialdemokratie durch einwandfreies internationales Verhalten beschämen wollten, dann brauchen sie nur für den Antrag der deutschen Partei auf Einsetzung des Nationalitätenausschusses zu stimmen. Sie hätten damit dem eigenen Staate, dessen Sicherung ihnen immer wieder die Argumente für das Verbleiben in der Regierung liefert, den denkbar besten und größten Dienst erwiesen und eine wahrhaft patriotische Tat vollbracht, die ihnen auch ein großer Teil der tschechischen Arbeiter gedankt hätte. Leider haben sie das nicht getan, sondern sie haben in Gemeinschaft mit ihren chauvinistischen Koalitionsgenossen den Antrag niedergestimmt.

Die tschechischen Sozialdemokraten behaupten weiter, daß der Moment für eine nationale Versöhnungsaktion psychologisch sehr schlecht gewählt war. Die tschechische Delegation ist nämlich über die Schwadronaden des mit hochverraterrischen Absichten funktierenden Dr. Lodyman sehr aufgebracht. Aber die deutsch-nationale Aufschneiderei sollten erst Politiker nicht tragisch nehmen. Gerade von den Methoden dieser Gesellschaft abzuweichen, einen Trennungstrieb zwischen sich und den Deutschbürgerlichen zu ziehen, war die Absicht des sozialdemokratischen Antrages, und gerade das Verhalten der Deutschbürgerlichen, die sich mit einer Falschmeldung Hochverräter nennen, verließ ihm die politische Aktualität. Also der Moment war psychologisch sogar sehr gut gewählt; ungünstig wirkte nur, daß der große Moment an den tschechischen Genossen ein kleines Geschlecht fand, daß sie die gut sozialistische, gut internationale und im tieferen Sinne des Wortes gut staatliche Aktion der deutschen Sozialdemokratie nicht unterstützten, wie es ihre Pflicht war. Auch das weitere Argument, der Augenblick sei darum nicht gut gewählt, weil man sich in einer der größten Krisen befindet, ist näher betrachtet höchst unglücklich. Denn man muß erkennen, daß der nationale Streit die Wirtschaftskrise des tschechoslowakischen Staates verschärft, daß die Wirkung der Krise auf das Proletariat erst recht dessen Annäherung dringend notwendig macht. Aus dieser Tatsache läßt sich auch die Hoffnung schöpfen, daß der Schritt, obgleich ohne unmittelbare Wirkung, doch nicht umsonst getan ist.

Während das „Provo Lidu“ den Reigen der Blätter eröffnete, die sich gegen die Einsetzung eines Nationalitätenausschusses wandten, nannten das deutschgeschriebene Regierungsblatt „Prager Presse“ und das Organ des früheren Ministerpräsidenten Dr. Beneš, „Třas“, das Unternehmen der deutschen Sozialdemokratie eine durchaus ernste Sache. Für die tschechische Parteipresse war der Antrag augenblicklich eine Verlegenheit, und sie suchte mit Sophismen das schlechte Gewissen zu beschwichtigen, mit dem sie den Antrag zu Falle brachte. Die deutsche Partei wird, mag auch der erste Schritt auf der Bahn, die zu beschreiten ihr Grundsätze und sozialistische Tradition in gleicher Weise auftragen, mißgünstig sein, auf dem einmal betretenen Wege der Versöhnung der Nationen fortzuschreiten, und sie zweifelt auch nicht, daß sich die gegenwärtig trüblichen Aussichten in Zukunft bessern werden, daß sie insbesondere früher oder später die tschechischen Genossen als Verbündete für die notwendige und nur vom Proletariat zu lösende Aufgabe gewinnen wird. Bisher war es so, daß den Versicherungen und Beteuerungen zum nationalen Frieden, an denen es die tschechischen Genossen nicht fehlen ließen, Sabotageakte gegen die praktischen Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten folgten. Das mußte schon kurz nach dem Umsturz der verstorbenen Genosse Seliger erfahren, und das wiederholt sich nun gegenüber dem Genossen Dr. Čech, von dem die Initiative zu dem sachlich so bedeutsamen Antrage ausgeht.

Die österreichischen Faschisten. Selbsthilfe der Arbeiterschaft.

Die Waffenschau bewaffneter Arbeiterwehren in Bauernhöfen der Umgebung Judenburgs in der Steiermark hat, wie der „Bösischen Zeitung“ aus Wien gedrahtet wird, zu einer gefährlichen Lage geführt. Als Gendarmen mehrere Arbeiter verhafteten, alarmierten Fabrikdirektoren die gesamte Arbeiterschaft, die die sofortige Freilassung der Verhafteten forderte. Es rückten große Gendarmenverbände und drei Kolonnen Reichswehr aus Graz heran. In Anstaltsfeld sammelten sich allein gegen 2000 bewaffnete Arbeiter, worauf auch in den Dörfern die Bauernheimwehren, besonders im Murtaal, mit Waffen ausgerüstet, zusammengezogen wurden und in die Gegend von Judenburg vorrückten. Arbeitervertreter, die in Graz vom christlich-sozialen Landeshauptmann Dr. Hintelen empfangen wurden, ersuchten um sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter, um Blutvergießen zu vermeiden. Hintelen verwies sie jedoch an die Gerichtsbehörden, da er in ein Gerichtsverfahren nicht eingreifen dürfe. Die Lage ist außerordentlich bedrohlich geworden. Im Wiener Nationalrat kam es zu einer stürmischen Aussprache über die Vorgänge in Judenburg. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Eisler verwies darauf, daß die Arbeiter sich erst zusammenschließen, um die Bauernhöfe nach Waffen zu durchsuchen,

als die Kundgebungen der steirischen Bauernheimwehren immer bedrohlicheren Charakter angenommen hätten, und weil an den verschiedensten Orten Waffen an die Heimwehren verteilt wurden. Es wurden dann auch tatsächlich von den Arbeitern in zwei Gehöften drei Mannschüßergewehre, vier Pistolen und zwei Revolvereinfach festgestellt. (Stürmischer Jubel der Sozialdemokraten.) In der vergangenen Nacht umstellten dann 200 Gendarmen das Städtchen Judenburg und verhafteten in ihren Betten 6 Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei, darunter den Gemeinderat Chalupka. Der heftige Angriff der zahlreichen Gendarmen auf Judenburg scheint eine Art Vorübung zu sein. Die Erklärung des Belagerungszustandes zu sein. Bizjakler Dr. Frank erklärte, die Heimwehren „sind behördlich angemeldete Vereine“. Daß sie bewaffnet seien, entspringe Gerüchten, die zum großen Teil „völlig aus der Luft gegriffen“ wären. Der christlichsozialen Abgeordnete Dr. Gimpel entsetzte neue große Börsen, als er behauptete, daß die Arbeiterbataillone zuerst bewaffnet wurden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schläger verwies darauf, daß bei der drohenden großen Arbeitslosigkeit in Deutschösterreich schmerzliche Gefahren entstehen müßten, wenn man die Arbeiter- und Heimwehren gegeneinander aufpauke. Er sagte: „Gestern hat eine Konferenz der Direktoren von Stinnes in Berlin stattgefunden. Wir wissen nicht, was sie beschließen wird, aber wir wissen, daß wir in den nächsten Wochen in den Industriebezirken Obersteiermarks in einer außerordentlich schwierigen Situation stehen werden.“ (Es ist die Rede davon, daß Stinnes die von ihm kontrollierten Hochöfen und Werke in Erzberg stilllegen will.)

Abgeordneter Bauer erhob Protest dagegen, daß die Landeshauptleute geradezu offizielle Paraden der Heimwehren mit größter Feierlichkeit abnehmen, und daß an diesen Paraden die Offiziere des Bundesheeres öffentlichen Anteil nehmen. Daher sei die Sache nicht ganz so harmlos, wie Bizjakler Frank sie hinstellt, und wenn die Regierung ihre Aufgabe wirklich erfüllen wolle, müsse sie vor allem die Beunruhigung, welche in der Arbeiterschaft besteht, zu beseitigen trachten.

Ein neuer Vorstoß des Kapitals.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages beschäftigte sich gestern mit den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission über Zahlungsausschub und Stützung der Währung und stimmte sodann folgender Erklärung zu:

„Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages erklärt, daß die Festigung der deutschen Währung eine Lebensfrage nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Wirtschaft und im Zusammenhange damit für die Weltwirtschaft ist. Dieses Problem kann jedoch nicht für sich allein behandelt werden. Das Grundübel der Krankheit der deutschen und der Weltwirtschaft liegt, das haben schon wieder die ausländischen Währungssachverständigen bestätigt, in dem Vertrage von Versailles. Eine bloße Stützung der Kriegslasten kann Deutschland und Europa keine Ruhe geben, sondern nur die stärkste Herabsetzung der baren und Sachleistungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrage mit Ausnahme der möglichen Leistungen für den Wiederaufbau Nordfrankreichs, die sofortige Abberufung fremder Besatzungen aus deutschem Boden, die Aufhebung aller handelspolitischen Hemmungen u. a. m.“

Auch wesentlich verminderte Leistungen dürfen erst dann wieder aufgenommen werden, „wenn sie aus einem wirklichen Ueberfluß des Reichshaushalts“ (Gutachten Brand, Cassel, Vends, Keynes) gemacht werden können. Das Wort des deutschen Reichstagslers „Eist Brot, dann Reparationen“ hat die endgültige Stellung Deutschlands zum Versailler Vertrage mit Zustimmung des gesamten Volkes bezeichnet.

Ohne Erfüllung dieser Voraussetzungen und ohne fremde finanzielle Beihilfe auf der einen Seite, ohne eine wesentliche Steigerung der wirtschaftlichen Leistung Deutschlands auf der anderen Seite ist weder eine Stabilisierung der Währung, noch ein Ausgleich des deutschen Reichshaushalts zu erwarten. Auf eine starke und schnelle Erhöhung der deutschen Erzeugung ist ganz besonderes Gewicht zu legen.

Sobald ein vollständiger, langfristiger Zahlungsausschub ohne sogenannte produktive Pfänder sichergestellt ist, ist für eine kurze Zeit bis zur endgültigen Entlastung Deutschlands von den Versailler Verpflichtungen der Absicht zuzustimmen, mit Hilfe eines international beschafften Stützungskapitals unter angemessener Beteiligung der Reichsbank auf den Stand der Reichsmark Einfluß zu gewinnen.

Daß mit der Devisenverordnung vom 12. Oktober 1922 und ihren Ausführungsbestimmungen der Stand der Mark nicht

gehoben werden kann, ist eine bittere Erfahrung, die jeder Kundige vorauslagern konnte. Deshalb muß diese Devisenverordnung sofort fallen. Ob sie durch ein Gesetz ersetzt werden kann, das lediglich die Beschaffung von Devisen zur Wertsicherung ohne unmittelbare geschäftliche Nutzung unterbindet, die Wertsicherung aber nicht unmöglich macht, läßt sich heute nicht beurteilen. Es hängt von der Erfüllung oder Nichterfüllung der oben genannten Forderungen und von dem Inhalt eines etwaigen Gesetzes selbst ab. Nachdrücklich muß aber darauf hingewiesen werden, daß sowohl die Konferenz von Genua wie die internationalen Währungssachverständigen aus guten Gründen Eingriffen in den Devisenverkehr widerraten haben.“

Die Erklärung des Industrie- und Handelstages bewegt sich in ähnlichen Bahnen, wie alle bisher bekann gewordenen „Sanierungs“vorschläge der kapitalistischen Kreise. Neben Feststellungen, die als Selbsterfindlichkeiten angesehen werden müssen, enthält sie Forderungen, die nur das Bestreben offenbaren, die Lasten der Währungs- und Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen und dem spekulativen Kapital vollste Bewegungsfreiheit zu sichern. Nur aus diesem Bestreben heraus läßt sich der heftige Vorstoß gegen die Devisenverordnung und die forgesetzte Betonung der Notwendigkeit der Steigerung der Produktion, hinter der sich der Wunsch nach Abschaffung des Achtstundentages verbirgt, erklären. Dagegen schweigt sich die Kundgebung des Industrie- und Handelstages völlig darüber aus, welche Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuerpolitik notwendig sind, um eine Sanierung des Staatshaushaltes herbeizuführen.

Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Eröffnungssitzung des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung, der nach § 29 des Arbeitsnachweisgesetzes aus Vertretern der öffentlichen Körperschaften, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gebildet worden ist, und der die oberste Stufe der Selbstverwaltung im Bereich des Arbeitsnachweiswesens bildet, hat am 16. November 1922 seine Eröffnungssitzung abgehalten. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte die Mitglieder des Ausschusses mit dem Hinweis auf den organisatorischen Fortschritt, den das Arbeitsnachweisgesetz im Bereich der Arbeitsvermittlung und den der Verwaltungsrat im Bereich der sozialpolitischen Selbstverwaltung darstellt. Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Syrup de Reichsarbeitsverwaltung, der das Reichsamt für Arbeitsvermittlung angeht, ging der Ausschuss dann an seine Beratungen. Diese werden sich insbesondere zu befassen haben mit der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates selbst, mit Auserwählungen und Geschäftsordnung für Arbeitsnachweise, mit allgemeinen Bestimmungen über Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, mit der Vorbildung der Geschäftsführer, der Arbeitsnachweisämter, mit Vorschriften über die Meldung von Streiks und Ausperrungen und mit der Uebertragung weiterer Aufgaben auf die Reichsarbeitsverwaltung.

Die sächsischen Wahlen. Ausliches Wahlergebnis.

Am Mittwoch wurde in Dresden das amtliche Wahlergebnis für das Land Sachsen festgestellt. Danach sind abgegeben worden insgesamt 2 577 589 Stimmen. Von ihnen entfallen auf die Sozialdemokraten 1 060 249, Kommunisten 267 700, Deutsch-nationale 482 056, Deutsche Volkspartei 474 267, Demokraten 214 100, Zentrum 22 631, Deutschsoziale 11 358, Wirtschaftspartei 5137 Stimmen.

Die Vereinigten Sozialdemokraten erhalten danach 40 Mandate, die Kommunisten 10 und die Demokraten 8 Sitze, Deutsch-nationale und Volkspartei erhalten je 19 Mandate, so daß die Deutsch-nationalen einen Sitz an ihre volksparteiliche Konkurrenz abgeben mußten.

Italienisch-französischer Handelsvertrag. Der vor einigen Tagen zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Handelsvertrag sichert nach den Erklärungen des Industrieministers Rossi Italien den Minimaltarif und die Reisefreiheit. Er soll den Auftakt zu einer Reihe solcher Verträge bilden und zu einem engen wirtschaftlichen Zusammenhange zwischen Italien und Frankreich dienen.

Der deutsch-ostasiatische Schiffsverkehr ist mit mehreren Hamburger Dampfern wieder im Gange.

Quäker.

Wenn man einen Schuljungen fragt: „Sag mal, was weißt du von den Quäkern, die dich täglich so reichlich speisen?“, dann klopft er laudend die Quäkerpeise weiter ein und sieht einen verständnislos schweigend an. Wäre es nicht die Pflicht all derer, die das Essen ausstellen, der Lehrer, der Erzieher, der Volksbildner, die Empfänger der Quäkerpeisen über ihre edlen Spender und Bepflegter aufzuklären?

Die Quäker sind die Mitglieder einer Religionsgemeinschaft, die um die Mitte des 17. Jahrhunderts in England entstand. Sie wurden ursprünglich für Agenten des Papstes gehalten und hatten daher schwere Verfolgungen zu erdulden. Viele von ihnen wanderten nach Nordamerika und Westindien aus und gründeten dort Kolonien. Gegenwärtig sind sie besonders in England und in den Vereinigten Staaten verbreitet.

Das Hauptbestreben der Quäker ist die gute Tat, ohne viel Worte. Bescheidenheit und Einfachheit verlangen sie von den Jüngeren, und sie sind bestrebt, ein schlichtes materielles Leben zu führen. Ihre Gemeinschaft beruht in demokratischer Weise auf Gleichberechtigung aller Mitglieder, gezogen von Freundschaft zueinander. Deswegen nennen sie sich auch: Christliche Gesellschaft der Freunde, ohne jedoch ein eigenes engbegrenztes Glaubensbekenntnis zu haben. Denn nicht der Glaube ist ihnen das höchste, sondern die Liebe. Sie verwerten den Kriegsdienst sowie den Eid, was ihnen, besonders im letzten Kriege, unendliche Schwierigkeiten, ja Grausamkeiten zuzog. Ein besonderes Verdienst haben sich die Quäker um die Sklavenbefreiung erworben. Ihr Ziel ist Freiheit und Gleichheit in idealer Gestalt, und so umschließt sie das einigende Band der Brüderlichkeit: die Menschenliebe.

Die meisten Quäker sind nicht reich, sondern gehören dem bescheidenen Mittelstand an. Millionen auf Millionen haben sie mühevoll zusammengekauft, nur um Elend zu lindern. In den Lazarett, in den Gefängnissen, bei den Kollektiven haben sie Großes geleistet, und alles ohne Unterschied der Nation, des Glaubensbekenntnisses, der Rassen der Empfänger. Sie haben bewiesen, daß reine Menschenliebe hoch über dem Haß steht, der Völkern Schranken auferlegt, der sie blutig aufeinanderheft.

Schiller-Charakter: „Rosa Bernd“ von Gerhart Hauptmann. Die Aufführung der Bernd zu des Dichters 60. Geburtstag war eine würdevoll schöne Feier. Das zwei Jahrzehnte alte Drama, in dem Hauptmann zu der naturalistischen Stilart seiner ersten Werke zurückkehrt, gehört zum Kreise jener Dichtungen, in denen sich das eigentümlich menschlich-künstlerische Persönlichkeits am reinsten ausgeprägt hat: das Mitgefühl mit dem Leid der Armen und Zerrungen, an deren Schicksal Gebantenlosigkeit sonst fast und selbstgerecht vorübergeht, wie jene Sehergabe der Verkennung, die das allgemeine in Bilder des intimsten, individuellsten Seelenlebens umsetzt. Um sich die ganze Sinnlosigkeit des früher so oft gegen den Naturalismus erhobenen Einwurfs zu vergegenwärtigen: derselbe ist am Ende nichts anderes als ein bloßes Abschreiben der Wirklichkeit, bei der das wahrhaft Dichterische, die Phantasie, ausschaltet —

dazu bedarf es nur der Ueberlegung des endlos weiten Abstands, der hier zwischen dem Tatbestande der Gerichtsverhandlung und dem organisch ausgereiften Werke selbst besteht. Wie wäre auch ein Schöpfen aus dem Leben möglich ohne Schöpferkraft und damit ohne Phantasie, die das von außen her herangebrachte, die einzelne Erfahrung, nach eigenen Gesetzen in freier Weise umgestaltet und zu einer Einheit fügt. — Die Darstellung unter der Spielleitung Scherzners schloß sich den Hauptmannschen Intentionen feinfühlig an, brachte den Gehalt zum Klängen. Die Rose Marianne Stodts war von strappanter Echtheit. Ein hübsches, gutherzig schlichtes Bauernmädchen, das in der Zucht des frommen, strengen Vaters aufgewachsen, durch verschlossene Schen und Scham in furchtbares Verhängnis gestochen wird. Erschütternd in der jähren Verwandlung ihres Wesens als die eingedüngte Katze, nach dem Meinel vor Gericht, die gültige Zuphrage der Frau Flamm verschlossen trotz abweist, und in der letzten Verzweiflung, da sie die Wahnsinnstat des Kindesmordes herausschreit. Eine Leistung von ungewöhnlich starkem Rang. Wortreichlich auch der ungeschloste Sprechmann Billy Eberhardt. Keine der Figuren, bis in die letzten Nebenrollen hinein, verlagte. Insbesondere sei Margarethe Pasche als gültige und resignierte Gattin Flamm, Wilchs alter Bernd und Robert Manns armer, in allem seinem Sektierertum so menschlich warmer Freier Rose, mit Dank genannt.

Hauptmann-Feier im Großen Schauspielhaus. Zu den zahllosen Ehrungen des 60jährigen Dichters gefellte sich gestern abend eine besonders eindrucksvolle Feier im Großen Schauspielhaus. Sie brachte in Gegenwart Hauptmanns eine Aufführung des „Florian Geyer“ mit Klöpfer in der Titelrolle und eine Ansprache des Reichsministers Röster, der Hauptmann den Gruß des Staates übermittelte: „Gerhart Hauptmann und der neue Staat gehören zusammen; der Dichter hat sich zum neuen Staat bekannt, und der Staat ehrt sein eigenes bestes Wesen, wenn er den Dichter ehrt.“ Unter dem brausenden Beifall der Zuschauer, zu denen auch der Reichspräsident gehörte, schloß Röster mit dem Ruf: „Lang lebe Gerhart Hauptmann! Lang lebe die Kunst! Lang lebe das Vaterland!“

Autoren-Abend im Grünen Saal. Eine sonderbare Zusammenstellung bot das Programm einer Veranstaltung des Verlages Leon Hirsh, die gestern im Grünen Saal stattfand. Dr. Karl Erich Greifschel trug aus „Wir fanden einen Pfad“ von Christian Morgenstern, Gedichte von Walter Rehring sowie einer Münchener Dichterin Sophia Steinwarz, und das innig-karte Märchen von Carl Hauptmann „Wie Hübzel und die Mutter Gottwald selig sterben läßt“ vor. Die Gedichte der Sophia Steinwarz zigen zwar edle Sprache und menschlich-tiefe Beseeltheit, doch rümel auch ihnen nicht überragende, aufhorchen machende Begabung. In Dr. Greifschel fanden die Dichtungen einen mit warmer, eindringlicher Stimme sprechenden, zuweilen pastoral, fast asketisch wirkenden Interpreten. Während er sich seinen Stoff aus dem religiös-mythologischen gewählt hatte, stützte sich Rynona mit seinen „An-Freud“-igen Grotesken mit ihrem Sprung in menschliche Niederungen. Rynona, als esprit-verfälschender Epöler bekannt, suchte mit seinen häufig geistvollen, oft nur geistreichelnden Grotesken

die Freudische Psychoanalyse lächerlich zu machen. In vielerlei Variationen und nicht ohne Originalität behandelte er das Thema von der geschlechtlichen Beteiligung, ohne daß jene sorglos-heitere, überforschungsstrobe Lustigkeit erzeugt wurde, die die Groteske schaffen muß. Der Eindruck seiner Geschichten war letzten Endes pinlich. Die Groteske darf freivol sein, aber sie darf nicht nur aus Einzelheiten zu bestehen scheinen. Im Auditorium erscholl immer wieder breites, schmierig-grauquielches Lachen voller Lustigkeit. Das war gewiß nicht Rynonas Absicht, aber die Folge seiner Geschichten. E. D.-r.

Deutsches Schrifttum in Not! Folgender Aufruf geht uns zu, der vom Reichspräsidenten und zahlreichen führenden Persönlichkeiten des geistigen Deutschlands unterzeichnet ist:

Die Katastrophe des Weltkrieges hat Deutschland, nicht zum ersten Male in seiner Geschichte, auf seine inneren geistlichen Kraftquellen zurückgeworfen. Unsere geistliche Kultur ist die einzige uns noch gebliebene Autonomie. Trotz seinem unerschütterten Glauben an die Bestimmung einer großen Nation in der größeren Familie der Menschheit ist das deutsche Geistesleben mit dem heiligen Untergange bedroht, weil seine Vertreter, seine Erhalter und Führer von der Arbeit nicht mehr leben können, für die zu leben sie bestimmt sind. Dem deutschen Schriftsteller, der das ehrwürdige Erbe unserer Mutterprache verwaltet und vermehrt, muß nicht um seiner Selbsterhaltung willen, eine Hilfe geboten werden, wenn Deutschland nicht noch die erniedrigendste Armut kennen lernen will, daß auch sein kulturelles Dasein in jedem höheren Sinne dahin zu stürzen droht. Unter dem Schutze der Reichsregierung ergeht daher der Aufruf

Deutsches Schrifttum in Not!
an alle noch nicht von der äußersten Not ergriffenen Kreise, an Persönlichkeiten, Gesellschaften, Unternehmungen, die noch eine ideale Verantwortlichkeit gegen das Ganze des Volkslebens empfinden. Der große Ernst der Lage läßt uns hoffen, daß alle Kräfte, gerufen mit verständnisvoller Opferwilligkeit der Verelendung auch unseres geistigen Daseins zuvorkommen wollen.

Der Ertrag der Sammlung, von dem ein Drittel der Notgemeinschaft der Kunst bestimmt ist, wird durch den Schutzbund Deutscher Schriftsteller verwaltet. Abführung der Spenden erbeten an Dresdener Bank, Depostenkasse B., Potsdamer Str. 20. Konto: Schutzbund Deutscher Schriftsteller, Separatkonto: „Deutsches Schrifttum in Not“.

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der großstädtischen Industrie im Leben gerufenen Volkskunstverein „Das 444“ (Berlin-Brandenburg, Kurfürstenstr. 19) teilt mit, daß der von der bisher existierenden originalgroßen Bilder „Das Ballonzimmer“ von Reizel, „Der Kohlenfarrer“ und „Adele Landschaft“ von Richard Schütz vom 15. Nov. ab pro Bild 200 M. beträgt. Zu Belohnungen wird er wahrscheinlich eine weitere Erhöhung erlassen. Die in Vorbereitung befindlichen Neuerideen konnten leider zu Weihnachten nicht fertiggestellt werden. Die erhaltenen Blätter sind außerdem. Anerkennungsliste, Ortsauskunft, Bereinigungsliste, die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die Geschäftsstelle wenden.

Die Jahresreise Kunsthaus im Landeshausgebäude mit Markt ist bis zum 26. November täglich von 10—4 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 20 Mark einschließlich eines Kunstausstalles der Kassen für deutsche Kunst.

Plünderungen am Niederrhein.

Wo sind die Drahtzieher?

Die Hungerkrise am Niederrhein ist noch nicht ganz überwunden. Wenn sie auch an Ausdehnung nicht gewonnen hat, so kommt es doch hier und da noch zu Ausschreitungen. Während das Eingreifen der Gewerkschaften in Düsseldorf einen günstigen Einfluss ausgeübt zu haben scheint, konnte die Ruhe in Köln und Umgebung noch nicht vollkommen wiederhergestellt werden. Es erscheint uns notwendig, festzustellen, inwieweit die deutschvölkischen Nationalsozialisten hier ihre Hand im Spiele haben. Ergibt sich, daß am Niederrhein eine Art Einheitsfront zwischen Kommunisten und Deutschvölkischen besteht, ergibt sich, daß die Deutschvölkischen die rheinische Hungerkrise tatsächlich benutzten, um Revolten zu inszenieren, so wäre es die Pflicht der Regierung, mit aller Schärfe zuzugreifen. Es geht nicht an, daß einzelne irreführende Arbeiter und ausgebeutete Massen zur Verantwortung gezogen werden, während die eigentlichen Drahtzieher ungehindert bleiben und ihr verbrecherisches Handwerk weiter ausüben können.

Im einzelnen liegen folgende Meldungen vor:

Köln, 16. November. (WZ.) In Frechen ist es zu Unruhen gekommen. Im ganzen ist in fünf Geschäften geplündert worden. Der Wert der insgesamt in diesem Ort entwendeten Gegenstände wird auf ungefähr 70 Millionen Mark geschätzt. Auch zwei Güter wurden heimgesucht. Auf dem einen wurden 43, auf dem anderen 7 Schweine weggenommen, außerdem 30 bis 40 Zentner Frucht und andere Vorräte für den Winter sowie Wein. In den Gutshäusern wurden die Einrichtungen zum Teil zertrümmert, Türen geplatzt und die Räume beschmutzt. Es handelt sich bei den Plünderungen um zum größten Teil ortsfremde Elemente.

Düsseldorf, 16. Nov. (ZL.) Heute früh sind in Hilden mehr als 5000 Arbeiter der dortigen industriellen Betriebe in den Ausstand getreten. Ein Teil dieser Ausständigen hat sich nach Ohligs begeben, und legte alle Werke still, die zwischen Hilden und Ohligs liegen.

Köln, 16. Nov. (ZL.) Auch heute kam es in Köln wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei und den Demonstranten. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Streifschuß verletzt, worauf er von der Schutzmannschaft Gebrauch machte. Sonst sind noch keine Verletzungen bisher festzustellen. Der britische Bezirksdelegierte hat von der Rheinlandkommission Ermächtigung erhalten, Versammlungen zu verbieten, und den Verkehr zu beschränken.

Dänische Hilfe für deutsche Kinder.

Der Reichstag bewilligt 50 Millionen Mark.

Kopenhagen, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Der dänische Reichstag hat dem Komitee zur Hilfe für die deutschen Kinder 50 Millionen Mark bewilligt. Die Zahl der eingereichten Anträge ist sehr erwehlt. Männer und Frauen aller Parteien in Dänemark werden aufgefordert, freiwillige Beiträge zu leisten. In den dänischen Gewerkschaften, den sozialdemokratischen Vereinen, sowie in den genossenschaftlichen Arbeitervereinigungen werden Sammlungen vorgenommen. Unser Parteiblatt „Socialdemokraten“ fordert heute in einem großen Artikel alle zur Hilfe für die deutschen Kinder auf.

Aufere dänischen Genossen haben schon während des Krieges in dankenswerter Weise sich der Not der deutschen unterernährten Kinder angenommen. Doch sie jetzt auch das dänische Parlament bewegen haben, eine erhebliche Summe zur Unterstützung zu bewilligen, verdient besonders dankbare Anerkennung.

Der Sieg des Faschismus.

Abkündigung des Achtstundentages in Italien.

Rom, 16. November. (CC.) Der Grundgesetz des Achtstunden-Arbeitstages wird für alle Arbeiterkategorien einschließlich der Eisenbahner abgelehnt.

Die Aufhebung des Achtstundentages ist die erste einschneidende Regierungsmassnahme des Robinetis Mussolini. Sie zeigt, was die Arbeiterklasse zu erwarten hat, wenn die Gesinnungsfreunde der italienischen Fasisten, die ebenso wie diese Soldaten des Kapitals sind, die Macht erringen.

Englische Zinszahlung. Das Bankhaus Morgan in New York hat der Bundesreservebank eine weitere Summe von 50 Millionen Dollar als Teilzahlung des Zinsendienstes der britischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten zugestellt.

Dollarschwankungen.

Zwischen 8300 und 7500.

An der gestrigen New Yorker Börse erfuhr die deutsche Mark einen erneuten starken Rückgang, der sie auf einen Kurs von 0,01^{1/2} brachte, was einer Dollarparität von 8368 entspricht. Demgemäß wurde heute morgen der Dollar in Berlin etwa mit 8200 bis 8300 gehandelt. An der Börse zeigte sich jedoch überraschenderweise ein stärkeres Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln, so daß schließlich der Dollarkurs sich gegen Mittag auf 7500 bis 7600 bei verhältnismäßig kleinen Umsätzen stellte. Die Erklärung für diese heftigen Schwankungen liegt in der ungleichen Innenpolitischen Lage und der durchaus nicht einheitlichen Beurteilung der deutschen Verhältnisse an den verschiedenen Auslandsbörsen.

Devisenkurse.

	16. November		15. November	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	2072.55	2087.45	2052.80	2067.40
1 argentinischer Papier-Peso	2783.15	2746.85	2718.20	2726.80
1 belgischer Frank	403.83	406.17	458.85	461.15
1 norwegische Krone	1801.50	1808.50	1871.56	1878.47
1 dänische Krone	1521.18	1528.82	1506.22	1513.78
1 schwedische Krone	1945.—	2005.—	2009.96	2020.07
1 finnische Mark	186.53	187.47	186.53	187.47
1 japanischer Yen	8615.93	8694.07	8591.—	8600.—
1 italienische Lire	844.13	845.87	843.14	844.86
1 Pfund Sterling	32815.25	33094.75	32535.55	32781.15
1 Dollar	7606.18	7643.82	7493.21	7533.79
1 französischer Frank	498.75	501.25	491.26	493.74
1 brasilianischer Milreis	857.85	862.15	842.88	847.12
1 Schweizer Frank	1376.53	1388.47	1361.57	1373.43
1 spanischer Pesta	1147.12	1152.88	1139.69	1145.34
100 österr. Kronen (altgl.)	—	—	9.77	9.83
1 tschechische Krone	—	—	288.41	291.40
1 ungarische Krone	—	—	2.99	3.01
1 bulgarischer Leva	—	—	52.11	52.89
1 jugoslawischer Dinar	—	—	116.70	117.80

Freier Brotwucher!

Was ist von der Zwangsbrotwirtschaft der Lebensmittel noch erhalten geblieben? Beinahe nichts mehr! Ein Gebot nach dem anderen wurde „freigegeben“ — und immer versprach der Handel uns davon eine „Verbilligung der Lebensmittel“. Doch immer erleben wir's, daß nach Befreiung der bisherigen Schranken eine schamlose Bewucherung der Konsumenten einsetzt. Das Brot ist infolge der andauernden Preissteigerungen schon heute fast unerschwinglich teuer. Aber welchen Preis müßten wir wohl für Brot zahlen, wenn man auch das „freigäbe“! Von der Brotverteuerung, die dann über uns hereinbräche, können wir uns eine Vorstellung machen, wenn wir uns die heutigen Preise des marktfreies Brotes ansehen. Bis zum Dreifachen des jetzigen Preises, der für das auf Marken zu entnehmende Brot festgesetzt ist, wird für marktfreies Brot verlangt. Dabei ist marktfreies Brot sehr viel leichter, weil hier auch kein Gewicht vorgeschrieben wird. Viele Käufer von marktfreiem Brot wissen wahrscheinlich nicht einmal sicher, wie teuer sie kaufen. Das kann nur feststellen, was marktfreies Brot nachwiegt. Wenn 1000 Gramm Markenbrot 112 M. kosten, so stellt sich das Pfund auf rund 30 M. Wenn aber marktfreies Brot von nur 1200 Gramm Gewicht mit 300 M. bezahlt werden muß, dann kostet das Pfund Brot 125 M. Man soll nicht glauben, daß nur zahlungsfähigste Leute marktfreies Brot zu kaufen genötigt sind. Auch viele Familien, die keinen Ueberflus an Geld haben, müssen es kaufen, damit sie die ihnen zustehende Menge Markenbrot durch marktfreies Brot ergänzen. Wo ein paar starke Esen sind, da reicht die normale Prostration nicht aus. In Zuschriften, die wir aus solchen Familien erhalten haben, wird bitter darüber geklagt, daß für marktfreies Brot ganz unerhörte Wucherpreise gefordert werden.

1/2-fache Verteuerung des Markenbrottes!

Der 4. Dezember wird voraussichtlich eine 150prozentige Verteuerung des Markenbrottes bringen, da zu diesem Termin die neuen Höchstpreise für das zweite Umlageintervall in Kraft treten. Zusätzlich der Zuschläge der Kommunalverbände dürfte sich dann der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl auf 14 000, für Weizenmehl auf 15 000 M. stellen. Hinzukommen die neuen Kohlenpreiserhöhungen, die vermehrten Lohnausgaben u. a. m., so daß der Preis des Markenbrottes einen Sprung von 112 auf annähernd 300 Mark machen dürfte. — In einer Versammlung der freien Vereinigung der Bäckermeister von Groß-Berlin wurden in dieser Hinsicht eine Reihe von Grundforderungen aufgestellt, und zwar: Erhöhung der Getreideumlage auf das vorjährige Quantum von 3/4 Millionen Tonnen, Beschränkung der Ausmahlung des gesamten Brotgetreides auf eine Mehlquote, die die Herstellung eines guten Brotes sichert, Ablehnung der Verwendung von Kartoffeln als Streumittel, weil damit die Herstellung eines einwandfreien Brotes nach der diesjährigen reichen Ernte unmöglich ist. Ferner wird energisches Einschreiten gegen den Wucher auf dem freien Getreidemarkt und Preisfestsetzung für das Getreide nach den Gestehungskosten verlangt; schließlich forderte die Versammlung vom Magistrat Berlin rücksichtsloses Einschreiten gegen gewissenlose Händler, die das Brotartenmehl höher ausmahlen als vorgeschrieben ist. „Welche Schritte“, so heißt es in der Entschließung, „und z. B. gegen die Humboldt-Mühle in Berlin und die Vollerntemühle Spillier in Neudamm unternommen werden, die fortgesetzt bis heute minderwertiges, höher ausgemahltes Mehl den Bäckern liefern, zum Schaden der gesamten Bevölkerung, die Brot auf Karten bezieht?“

Die Affäre Franz.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Brennhausen stellt es sich heraus, daß der Prozeß, für welchen ursprünglich eine Woche in Aussicht genommen worden war, weit über zwei Wochen dauern wird. Die Beweisaufnahme wurde hierauf fortgesetzt. Der ehemalige Fabrikdirektor Julius Rubeloff, der Leiter des Geh. Regierungsrats R., wurde vernommen. Der Zeuge R. hat den Detektiv Viel hingezogen, nachdem er von der Mutter der Hanna R. informiert worden war. Als dann der Schwiegerohn des Geheimrats R., ein Herr L., bei ihm in dieser Angelegenheit vorkam und erklärte, es sei eigentlich seine Pflicht, als einziges männliches Mitglied der Familie R., diesen „Lumpen“ über den Haufen zu schießen, habe der Zeuge erklärt, das sei R. nicht wert; solche „Lumpen“ gehören ins Zuchthaus. Der Vorsitzende ersucht den Zeugen, derartige Bemerkungen zu unterlassen. Der Zeuge bekennt weiter, daß man daraufhin übereingekommen wäre, den Detektiv Viel mit Recherchen zu beauftragen. Auf Befragen des Staatsanwaltsrats Gröschner bezüglich der Glaubwürdigkeit der Hanna R. und des Todes in der Familie R., bezeichnet Zeuge den Geheimrat R. als einen Typ des aufrichtigen, ehrlichen Beamten. In der Familie habe ein sehr vornehmer Ton geherrscht, und das ganze Familienleben sei sehr glänzend gewesen. Die Rechtsanwälte Bahn und Wronker richteten darauf zahlreiche Fragen an den Zeugen, welche die Vertrauenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit des Detektivs V. betreffen.

Die gemütliche Feuerwehr.

Deutschnationale Jugendoverhebung in Neudöln.

Die Budower freiwillige Feuerwehr, eine Institution, sozusagen bestimmt, brennende Feuer zu löschen, bildete ein Intermezzo in der gestrigen Neudölnener Bezirksversammlung. Es lag ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, die Budower freiwillige Feuerwehr aufzulösen und einen Ortsfeuerwehler aufzustellen. Gen. Heller als Begründer des Antrages konnte eine Reihe von Verzögerungen beim Ausrücken der Wehr feststellen. In einem Falle hatte ein Zuschauer mit der Uhr in der Hand festgestellt, daß bei einem Brande 25 Minuten nach dem Alarm doch schon das erste Pferd zur Spritze gebracht wurde, das zweite glücklicherweise 10 Minuten später. Inzwischen war die Laube natürlich vollständig niedergebrannt, und die Wehr brachte nicht erst abzurufen. Der Berliner hat für diese „Dorwehren“ einen schönen Witz: „Bei Feuer kommt sie angereimt und fragt, wo hat es denn gebrannt?“ Solche skandalösen Zustände dürfen nicht weiter bestehen. Der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Zu einer lebhaften Debatte führte die Anfrage unserer Fraktion, ob das Bezirksamt bereit ist, Auskunft zu geben über ein Vorkommnis am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium. Die Anfrage wird vom Gen. Harnisch begründet. Studienrat Pirs richtet in der Plenarsitzung an seine Schüler die Frage: Was ist ein Genosse? Schweigen bei den Schülern. Darauf der Lehrer: „Wer sind diejenigen Leute, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben?“ Sofort melden sich einige und rufen: „Sozial!“ Der Studienrat bekräftigt es noch und sagt: „Ja ja, so ist es!“ Daß die Jugend durch solche „Erzieher“ sich schließlich zum Niveau der Tschow und Konforten entwickeln muß, ist erklärlich. Neudöln scheint nach den vielen Vorkommnissen dieser Art ein Hort solcher Jugendoverheber zu sein. Kaum ist der Fall Dr. Jakobshaler, der nebenbei bemerkt nur verfehlt werden soll, erledigt, da kommt der Fall Pirs. Das Bezirksamt wird ersucht, energische Schritte zu unternehmen, um diesen Jugendoverhebern das Lehramt in Neudöln unmöglich zu machen. Stadtrat Gen. Dr. Löwenstein als Vertreter des Bezirksamts bekräftigt die Anfrage und gab bekannt, daß das Provinzial-Schulkollegium bereits in Kenntnis gesetzt sei. Der Redner der Rechten Dr. Dancde machte einen Vorschlag nach dem anderen und versuchte speziell die geschichtliche Wahrheit des Dolchstoßes zu beweisen. Wie man aber auf jener Seite über solche Frechheiten denkt, gab er durch folgenden Ausspruch kund: „Ob Herr Pirs diesen Ausspruch getan hat oder

nicht, ist pädagogisch gleichgültig.“ Als ihm dann der Demokrat Lehrer Exner auf diese Äußerung aufmerksam machte, versuchte er einen hilflosen Rückzug. Der Demokrat wandte sich in überzeugender und einschneidender Weise gegen solche Jugendverleumdung. So war die Rechte wieder einmal isoliert. Wird sie endlich die Lehre daraus ziehen?

Wo bleibt die Hausbrandkohle?

Milde Strafen für Kohlenhändler.

Einen interessanten Beitrag zu dem traurigen Kapitel: „Wo bleibt die Hausbrandkohle?“ lieferte eine Verhandlung, die am gestrigen Mittwoch vor dem Wuchergericht des Landgerichts II stattfand. Unter der Anklage des Ueberschreitens der Kohlenverordnung hatten sich vier Personen, der Kohlenhändler Benno Jäger aus Leichendorf bei Neuruppin, dessen Sohn, der Hotelangestellte Magilian Jäger, die Kontoristin Haupt und der Fuhrmann Radzel aus Hermsdorf zu verantworten.

Jäger, der zur Belieferung seiner Kunden Kohle auf Bezugsschein erhielt, ließ sich im Februar dieses Jahres durch seinen Sohn 300 Zentner Kohle auf Bezugsschein besorgen, ließ den Wagon aber nicht nach Leichendorf, sondern nach Hermsdorf bei Berlin dirigieren. Von dort aus wurden dann die Kohlen mit Hilfe der beiden anderen Angeklagten unter Ueberschreitung der Höchstpreise in beliebigen Mengen an Billenbesitzer in Hermsdorf und Frohnau abgegeben. Von dieser Kohlenlieferung erhielt dann die Kriminalpolizei Kenntnis und es gelang noch, einen Teil der Kohlen zu beschlagnahmen. Zu der Verhandlung vor dem Wuchergericht waren die Empfänger der Kohle, angesehene Bürger von Hermsdorf, als Zeugen geladen, sie blieben aber sämtlich unvereidigt mit Rücksicht auf das auch gegen sie schwebende Strafverfahren wegen Ueberschreitens der Kohlenverordnung. Als Sachverständiger wurde Stadtschreiber Urbanoff vom Kohlenamt Berlin vernommen. Das Urteil lautete gegen Jäger auf 5000 M., gegen seinen Sohn auf 10 000 M. und gegen die anderen beiden Angeklagten auf je 3000 M. Geldstrafe und auf Beschlagnahme der aus dem unrechtmäßigen Kohlenverkauf erlösten Gelder. Seitens des Landrats von Neuruppin ist Jäger die Erlaubnis zum Kohlenhandel damals sofort entzogen worden. Die Empörung über dessen unredliche Geschäftsführung war im Kreise Neuruppin allgemein, weil viele vorzugsberechtigten Kunden für den ganzen Winter nur 10 Zentner Kohlen von Jäger erhalten hatten. 5000 und 10 000 M. Geldstrafe sind 3 bzw. 6 Goldmark und werden einschließlich der Gerichtskosten vermutlich von den Verurteilten aus dem Handgeleht bezahlt werden.

Die Berliner Hundertmarkheine. Von dem Berliner Großnotgeld sind bereits die 100-Mark-Scheine in Verkehr gegeben, die 500-Mark- und 1000-Mark-Scheine folgen demnächst. Die Scheine sind als öffentliches Zahlungsmittel seitens des Reiches anerkannt, und sie werden demzufolge von allen öffentlichen Anstalten und Kassen, wie Reichsbank, Post, Bahn und Banken angenommen.

Diebstahl eines unerfesslichen Manuskripts in einem Hospiz. Offenbar gewerbsmäßigem Diebstahl fiel gelegentlich eines im Hospiz in der Wilhelmstraße verübten Diebstahls ein handschriftlich hergestelltes Manuskript in die Hände, das für die Täter wertlos, für die Beteiligten aber unerfesslich ist. Es handelt sich um den zweiten Teil eines in einem Hamburger Verlage bereits erschienenen Werkes, „Landeskunde von Chile“ von Dr. Martin. Die in dem Manuskript enthaltene Arbeit stellt das Lebenswerk des Verfassers dar. Zulassung des Manuskripts oder Mitteilung über seinen Verbleib wird an Geheimrat Martin, Schöneberg, Freiherren-Stein-Strasse 3, oder an Kriminalkommissar Gennat, Berliner Polizeipräsidium, Zimmer 105, erbeten.

Die vermauerte Gesundheitskammer. Zu dem Streitfall zwischen der rumänischen Gesundheitskammer in Berlin und dem Vermieter des Hauses Wäldstrasse 27, erhalten die PPR von unterrichteter Seite eine Mitteilung, der zu entnehmen ist, daß sich die Verlegung gewisser zwischen dem Hauseigentümer und der rumänischen Gesundheitskammer bestehenden Differenzen infolge des Urteils des rumänischen Gesandten verzögert hatte. Der Gesandte hatte von dem Vorfall die Polizei und das Auswärtige Amt verständigt und inzwischen die Freimachung der Tür durchzuführen lassen. Das Auswärtige Amt hat sich sofort im Einvernehmen mit dem rumänischen Gesandten mit dem Eigentümer des Hauses in Verbindung gesetzt, um den Zwischenfall möglichst bald beizulegen.

Für die von Einbrechern heimgegrahene Witwe Dummet gingen weiter bei uns ein: Angestellte der Kassen, Orskrankenasse, Köpenicker Straße, 4094. — Kollegen der Firma Krasny u. Denger 400. — Inhaber der Firma Krasny u. Denger 100. — Beamte der Deutschen Bank 550. — Aus einer Sammlung durch Adolf Jgel 800. — Wieland, Schöneberg, 100. — K. K. 100. — Paul Köhler, Sämmerda, 50 M. — Bereits quittiert 53 811 M. Gesamtsumme 60 905 M.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Vortragstische der Genossin Dr. Anna Bienen über Schulfragen der Gegenwart: Die heutige Schule und der Sozialismus, Einheitschule und die brutale Schularbeit, Schule und Betriebsleben, Gewerkschaftsaufgaben — beginnt am Montag, den 20. November, abends 8 Uhr, in der Spandauerstr. 16/17. Anmeldekarten können noch im Anrufbeantworter erfolgen. Die Hörgelühr beträgt für den Kurus 25 M.

Die Singlinge- und Kleinrentnerfürsorge für den 20. Bezirk (Neudöln) findet vom Dienstag, den 14. November d. J. ab in der Dienstadt und Pannstraße zwischen 2-3 Uhr in der Pannstraße Turnhalle Koonstraße für die Gemeindebezirke Hermsdorf, Frohnau und Löhndorf-Bathmannslust statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nebelmiegend trübe und neblig, in den Mittagsstunden ziemlich mild, bei nächtigen Nebligen bis südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

13. Hdr. Unser Genossin Anna Wintermann, Wirtin 49, ist gestorben. Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr vom Woblerer Kriemhildstr. 12 aus statt.

Sport.

Bei den Radrennen im Zwospotol kam es gestern zu recht unpopulären Zwischenfällen. Am zweiten Lauf des Dreierrennens wurde Adolf Quilke disqualifiziert, weil er den Deutsch-Amerikaner Öbri bedrängt haben soll. Das Publikum nahm jedoch in seiner Mehrheit die disqualifizierte Partei, was natürlich auf den Rennausfall ohne Grund blieb. Verleibde Ausschuss konnte aber dem vorantretenden auch anders: Am ersten Lauf des Treffens übernahm Öbri vor Salchow und Quilke in schneller Fahrt die Führung. Quilke versuchte wiederholt zum Start überzugehen, was Salchow veranlassen gab, Quilke jedesmal nach außen abzubringen, ohne jedoch den Sprung auf den führenden Öbri zu eröffnen. Öbri genoss dadurch den Lauf unangefochten. Obwohl in diesem Falle eine offensichtlich andauernde Behinderung Quilkes durch Salchow vorlag, läßt der Rennauschuss hier eine nicht zu erklärende Rücksicht. Am ersten Lauf Dollans gegen Deutschland führte Kumpal infolge Reiseschadens und wurde dadurch außer Gefecht gesetzt. Als Ersatzmann sprach Behrend ein. Ergebnisse: Dreierrennen in vier Läufen, Gesamtergebnis: 1. Öbri 2. Salchow 3. Quilke 9 Punkte. — Holland gegen Deutschland, 3 Läufe, Gesamtergebnis: Behrend-Quilke 21, Behnd-Kumpal 34 Punkte. — 50 Runden - Punktefahren: 1. Otto Ziel 12 Min. 39, Sek. 18. 2. Krüger 17, 3. Wayer 11. 4. Martin 11 Punkte. — Stunden - Prämienfahren: 1. Schreyß, 2. Lehmer, 3. Petr 4. Schulz, 5. Prantke, 6. Ködnerberg. Die zurückgelegte Strecke betrug 20,210 Kilometer.

Gewerkschaftsbewegung

Der Weg des Verderbens.

Unsere Feststellungen des kommunistischen Spaltungsmanövers und der sogenannten Betriebsratskongresse, die Beitragsperre, Konfiskation und ähnliche Durcheinanderparolen sind der „Noten-Jahne“ höchst unangenehm. Sie geht auf den Dummenlang aus und wenn ihr da jemand in die Quere kommt, ist sie natürlich verärgert.

In ihrer heutigen Morgenausgabe bringt sie zum zweiten Male eine Erwiderung auf unseren Artikel: „Der Weg ins Verderben“. Dieser zweite Artikel zeichnet sich durch besonders viel aufgetragene Schimpereien aus, was bei dem Blatt gewiß etwas sagen will. Es wird uns niemand zumuten, eine Polemik zu beginnen, die auf den Ton betrunkener Fischweiber gestimmt ist. Wir haben, soweit unsere Feststellungen aus Frankreich und der Tschechoslowakei in Frage kommen, uns der dortigen kommunistischen und sozialdemokratischen Presse bedient, wie die persönlichen Beobachtungen, die wir in diesen Ländern gemacht haben, benutzt. Der Kronzeuge Walcher, den das kommunistische Blatt aufmarschieren läßt, ist uns nicht kompetent. Wir benutzen aber gern die Gelegenheit, um die Arbeiter nochmals eindringlich davor zu warnen, auf die kommunistischen Spaltungsmanöver hereinzutreten. Die Folgen hätten sie zuerst zu tragen.

Zur Lohnbewegung der Metallarbeiter.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitteilten, hat das Reichsarbeitsministerium infolge des Abbruchs der Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien ein Vermittlungsverfahren eingeleitet. Wir erfahren dazu, nachdem die Zustimmung der beiden Parteien zu neuen Verhandlungen erfolgt ist, der Termin auf übermorgen, Sonnabend, vom Reichsarbeitsministerium festgesetzt worden ist.

Es darf erwartet werden, daß die Unternehmer der ganz außerordentlichen Preissteigerung der letzten Wochen Rechnung tragen und dadurch das Wirtschaftsleben vor einer, in ihren sonstigen Auswirkungen unberechenbaren Erschütterung bewahren. Die Teuerungsspitze eskamotiert einfach die Löhne der Arbeiter. An diese richten wir nochmals die Mahnung, gewerkschaftliche Disziplin zu wahren, gegen alle Sonderparolen laub zu sein und sich in geschlossener Bereitschaft zu halten.

Neuer Manteltarif der Emaillierer.

Die Emaillierer und verwandten Berufe der Branche waren am Mittwochabend zahlreich in den „Residenzjulen“ versammelt, wo von Bakke, Vertreter des Metallarbeiterverbandes, über das Manteltarifkommen berichtet wurde.

Die Arbeitgeber haben den bisherigen Manteltarif gekündigt und den Vertretern der Arbeiter einen neuen vorgelegt, der eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 1/2 auf 48 Stunden vorsieht. Da sie die Zustimmung von den Vertretern der Arbeiter nicht erlangen konnten, wandten sie sich an den „Demo“. Bei der Verhandlung vor diesem begründeten sie die Verlängerung der Arbeitszeit vornehmlich damit, daß infolge des frühen Schlusses der Arbeit am Sonnabend die Defekt zum Nachteil des Betriebes nicht ordentlich ausgenützt werden könnten, was bei den hohen Kohlenpreisen besonders ins Gewicht falle. Dagegen erklärten sie sich bereit, allen drei Nachtschichten je eine dreistündige Pause zu gewähren und zu bezahlen, außerdem für Nacharbeit einen Stundenzuschlag von 5 M., für Überstunden einen Zuschlag von 25 Proz. und bei Sonn- oder Feiertagsarbeit 50 Proz. zu bewilligen. Ferner auch ab 2. Oktober eine Ausgleichszulage in Höhe von 8 bzw. 10 M. zu zahlen.

In der folgenden Aussprache gaben die Redner ihrem Mißfallen über die verlangte Verlängerung der Arbeitszeit lebhaften Ausdruck, doch wurde die Abmahnung in Berücksichtigung der vorliegenden Situation schließlich gegen eine starke Minderheit angenommen.

Amerikanische Arbeitsbedingungen

Der New Yorker Korrespondent des „Manchester Guardian“, Woelfel, hat seiner Zeitung einen interessanten Bericht gesandt, den wir unter Hinweis auf die ähnlichen Bestrebungen in Deutschland hier wiedergeben:

Neuerliche Einkommensteuerstatistiken zeigten uns vier Männer in der höchsten Einkommensteuerverklasse — mit jährlichem Einkommen von über fünfzig Millionen Dollar. Zwei derselben wohnten in New York, zwei in Michigan. Namen wurden nicht genannt. Aber das Volk errät dieselben. Es waren Henry Ford und sein Sohn in Michigan, John R. Rockefeller und sein Sohn in New York.

Die Aufmerksamkeit ist von neuem auf die Delinquitkonzentriert worden, wegen der kolossalen Aktiendividenden, die dort zur Verteilung gelangten. Innerhalb von 14 Tagen erklärte die Standard Oil Gesellschaft von New Jersey eine Dividende von 400 Proz., die Vacuum Oil und die Ohio Oil Company, beides Tochtergesellschaften der erstgenannten, 300 Proz. und die Standard Oil Company von New York eine Dividende von 200 Proz., während die Dividenden der California und Kentucky Gesellschaften geringer waren. Andere Dividenden werden in der nächsten Zeit folgen.

Siebentägige Arbeitswoche.

Es ist daher natürlich, daß für die demnächst in „The Survey“, einer Wochenschrift der sozialwissenschaftlichen Arbeiter, erscheinende Veröffentlichung eines Berichts über die Arbeitsbedingungen auf gewissen Deseefeldern sowie für die Antwort John D. Rockefeller jr. ein besonderes Interesse besteht. Nachdem Robert S. Lynd die Regierungsberichte über die Arbeitsbedingungen auf den Deseefeldern des Westens studiert hatte, verbrachte er drei Monate als Arbeiter auf dem sogenannten Elbeden-Feld, nahe der Grenze von Montana und Wyoming. Dies Feld befindet sich zu 87,5 Proz. unter der Kontrolle der Standard Oil Gesellschaft. Es ist ein kleines, aber ergiebiges Feld mit etwa 500 Arbeitern bzw. deren Familienangehörigen. Aber in den öden, schlichten Bänderchen des Westens“ befinden sich viele derartig isolierte Desefelder. Das Wasser ist schlecht, es bestehen keine Erholungsgelegenheiten, die sanitären Bedingungen waren schlechte, aber das Grundübel waren die langen Arbeitsstunden. Die Leute arbeiteten sieben Tage in der Woche und viele von ihnen

zwölf Stunden pro Tag.

Dieses sind die üblichen Arbeitsbedingungen auf den Deseefeldern, welche die Grundlage der hohen oben berichteten Dividenden bilden. Und dabei ist in der Industrie kein Grund vorhanden, der derartige unausgesehene Arbeiten oder derartig lange Schichten bedingt. Die Schriften der Standard Oil Gesellschaft sprechen sich für das Prinzip der Sechstagesarbeitswoche und des Achtstundentages aus; ja, ehe Herr Lynd als Arbeiter in das Elbeden ging, wurde ihm im Auftrage des Vorstehenden der Standard Oil Company von Indiana mitgeteilt, daß „der einzige Platz, wo dieses Prinzip nicht beobachtet wird, dort ist, wo die Arbeiter selbst ein anderweitiges Geschäft gestellt haben“. Es ist kaum nötig, zu erwähnen, daß es Herrn Lynd unmöglich war, zu entdecken, wo die Arbeiter um eine Siebentagesarbeitswoche eingeladen waren. Er sagt: „Es ist schwierig, den verantwortlichen Teil für die ursprünglich langen Schichten auf den Deseefeldern ausfindig zu machen — sie wachsen mit der Industrie. Aber es ist sicher, daß ein großer Teil der Verantwortlichkeit für ihre Fortdauer der Standard Oil Gesellschaft zur Last fällt, denn die 23 unabhängigen Produzenten und natürlich auch die kleinen Firmen folgen in der Hauptsache den Praktiken der Standard Oil.“

M. Rockefellers Erklärung.

Herr Rockefeller will trotz der klaren Beweise nicht glauben, daß die Arbeitsbedingungen des Elbedens in der Industrie allgemein wären. Aber er drückte sein Bedauern darüber aus, daß den Zuständen im Elbeden noch nicht abgeholfen worden sei, und sagte, daß er die Gelegenheit willkommen hieße, um seinen Standpunkt klarzumachen. Er sagt:

„Ich glaube, daß im allgemeinen der Zwölfstundentag und die Siebentageswoche in der Industrie nicht länger gelitten werden sollte, weder vom Standpunkt der öffentlichen Politik noch vom Standpunkt der industriellen Entwicklung. Ich glaube, daß beide sich als unnützlich, unwirtschaftlich und ungerechtfertigt erwiesen haben. Als allgemeinen Grundsatz, und abgesehen von den Erfordernissen gelegentlicher Ausnahmefälle, ist die moderne Industrie berechtigt, den Achtstundentag und die Sechstageswoche als eine Arbeitsnorm anzusehen, auf die alle interessierten Parteien dauernd hinarbeiten sollten.“

Von einem englischen Arbeitgeber ausgehend, müßte dies als eine sehr bescheidene Erklärung angesehen werden; da sie jedoch von einem der vier reichsten Leute Amerikas kommt, ist es eine sensationelle Feststellung. Sie mag dazu dienen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Noch mehr dazu angeht ist jedoch die Enthüllung von „The Survey“ auf Grund eines sorgfältig besetzten Berichtes von den entsetzlichen Arbeitsbedingungen in der Industrie, welche in Amerika die größten Profite abwirft. Der Bericht muß die öffentliche Meinung aufrütteln. Der Abgeordnete Frear hat mit dem Sekretär des Schachamates, Mr. Mellon, einen Schriftwechsel mit Bezug auf diese unverschämten Aktiendividenden geführt. Falls Mr. Mellon nichts unternimmt, dürfte sich etwas wie eine Explosion ereignen, wenn der Kongreß Mitte November wieder zusammentritt.

Wirtschaft

Hamburgs Seeverkehr.

Hamburgs Seeverkehr hat in den verflochtenen Monaten die aufsteigende Entwicklung des ersten Halbjahres nicht durchweg beibehalten. Im Juli, dem Monat des Seemobilienverkehrs, ist gegenüber den hohen Juniwerten ein sehr beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Der Augustverkehr, der nur zum kleineren Teil durch den Streik geküht wurde, hat den Rückgang zum Teil wieder wett gemacht. Im September und Oktober wurden annähernd die Juniwerten wieder erreicht.

Monat	Zugelassen:		Abgegangen:	
	Schiffe	Netto-Registertonnen	Schiffe	Netto-Registertonnen
Juli	708	1 065 829	989	948 029
August	1 005	1 170 920	1 462	1 420 426
September	945	1 207 504	1 116	1 263 921
Oktober	1 016	1 271 767	1 115	1 288 881
	8 750	4 715 820	4 632	4 872 707

Gegenüber den Zahlen der gleichen Monate im Jahre 1913 zeigt sich, daß — außer im Streikmonat Juli — die diesjährigen Zahlen an den Vor-Kriegsstand heranzurücken bzw. ihn noch übertreffen. Im August 1922 sind gegenüber dem August 1913 20 000 Tonnen mehr angekommen, 180 000 Netto-Registertonnen mehr abgegangen. Im Oktober wurden die Zahlen des Friedensjahres nahezu erreicht. Etwa ein Drittel des Schiffsraums entfiel bereits wieder auf die deutsche Flagge.

Zur Diskontierung der Reichsbank führte in der Sitzung des Zentralausschusses am 13. d. M. der Vizepräsident v. Glasenapp u. a. noch aus: Die Reichsbankleitung ist sich bewußt, daß unter den heutigen Verhältnissen einer Diskontierung allein nur ein verhältnismäßig geringer Einfluß auf den Kreditverkehr des Landes beschieden sein kann. Trotzdem erscheint es notwendig, der am Geldmarkt bestehenden starken Anspannung auch in der Bemessung des Diskontsatzes weiter zu folgen und durch die Erhöhung der Rate für die deutsche Wirtschaft erneut ein Warnungssignal aufzurichten, das allen Kreisen der Bevölkerung die tatsächlich eingetretene Kapitalnot und die fortschreitende volkswirtschaftliche Verarmung immer wieder und immer deutlicher zum Bewußtsein bringen soll. Wenn schärfsten Kreditrestriktionen und damit Betriebseinschränkungen mit daraus folgender Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden soll, so werden sich die Unternehmungen und die Einzelpersonen der größten Sparsamkeit in der Verwendung der vorhandenen Mittel befleißigen müssen. Es ist unbedingt zu verhindern, daß die in Anspruch genommenen Kredite von den Kreditnehmern zu volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Zwecken verwendet werden. Als solche ungerechtfertigten Zwecke sind hervorzuheben: die Beschaffung von Rohstoffen, Waren, Devisen in einem den allernotwendigsten Bedarf überschreitenden Umfang. Die Reichsbank wird hierauf, wie bisher, die größte Sorgfalt richten, und es ist dringend zu wünschen, daß die privaten Geldgeber ein gleiches tun.

Der Tiefstand der Bautätigkeit in den deutschen Großstädten. Nach einer amtlichen Statistik der Bautätigkeit in 35 deutschen Großstädten im 2. Quartal 1922 zeigen sowohl die Wohnbauten wie die Häuserbauten einen Rückgang gegenüber dem letzten Vierteljahr und dem zweiten Vierteljahr 1921. Der Anteil der gemeinnützigen Bautätigkeit an der Gesamtbautätigkeit, der im 1. Quartal 1922 74,5 Prozent an Häusern und 55,8 Prozent an Wohnungsbau betrug, machte im 2. Quartal 67 Proz. an Häuser- und 58,5 Proz. an Wohnungsbau aus. Die Gesamtbautätigkeit weist die traurige Ziffer von 1312 Neubauten von Häusern gegenüber 1767 im letzten Vierteljahr und 5156 Neubauten von Wohnungen gegenüber 5267 im letzten Vierteljahr auf. Am regsten war die Bautätigkeit der Reihe nach in Köln; Stuttgart, Duisburg, Rürnberg, München, Bremen, Hamburg, Essen und Barmen.

Verantwortlich für den Text: Leiter: Rirter Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giedde, Berlin. Verlags-Formverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstedt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 2

Zähne 100 u. 130 M. mit Friedenskautschuk
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 100 Mark an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Katvani, Danziger Straße 1.

Genau auf Firma achten!

Viel Geld

spart, wer **jetzt** kauft!!

Eh's zu spät wird!

Größte Eile geboten! Preise steigen!
Wunderbare, nur erstklassige

Anzüge / Schlüpfen

Winterpaletots

Gummimäntel / Hosen

weit unter Tagespreis!

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung!

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung

133 Charlottenburg **133**
Wilmersdorfer Str.
an der Bismarckstrasse.

Weitester Weg lohnend!!

Zahngelbte

auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie

Gold - Silber - Platin sämtliche Schmuckgegenstände

zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barheine Edelmetallverwertung

2 Invalidenstr. 2 v. l. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse

9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

Zur Rheinfrage,
einer unserer größten gegenwärtigen Sorgen, nimmst mit strenger Sachlichkeit Stellung das loebende Erschienenem Wert

Die Rheinlande in der Franzosenzeit

Von Dr. Alexander Conrady

aus dem Inhalt des 246 Seiten Groschafes unvollständigen Buches lesen folgende Kapitel enthält: Der alte Rhein / Kulturland und Gersteboden / Jagdgebiet und Industrie / Die Revolution / Der Verlust des linken Rheinlandes / Hierherkommen, Anknüpfen, Fremdbildung / Französische Herrschaft auf beiden Ufern / Das Ende der Fremdbildung

Preis broschiert 630.- M. Gebunden 945.- M.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Gold - Silber - Platin Brillanten

kauft reell zu höchsten Tageskursen

C. Käferle Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Metal - Ankauf Königst. Neuzeit
Lilient. 87

zahlt Tagespreise f. Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Bruchkränke
Sämtliche Operationen gehen werden, umgekehrte Methode
Sprechst. jed. Dienst. Donnerstag u. Sonntag 10-1. Spezialarzt Dr. med. Coeman, Berlin W 35, Potsdamer Str. 102.

Mantelstoffe

marine Cheviot, schwere Anzugware, sehr preisw. Trikotage für Damen, Herren u. Kinder. Neuheiten in Damen-Putz!

Ella Dehmel, Neukölln,
Niemetzstr. 9, Nähe Richardplatz.
Telephon: Amt Neukölln 469

Gold - Silber - Platin

Ringe, Ketten, Löffel, Bestecke etc.
Brillanten, Zahngelbte
kauft höchstzahlend

Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Korsette

aus la Stoffen u. in all. Preislagen empfiehlt

Korsettfabrik Rich. Necke

1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Tresckow-Allee 99
2. Geschäft: Bin.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstraße 23 Ecke Alte Jakobstraße

Garderobe

auf bequeme Teilzahlung

HERREN - DAMEN -
Anzüge, Paletots, Paletots, Kostüme
Schlupfer, Röcke, Kleider
Regenmäntel, Barschennanzüge
Nach allem Ansehen auch billige Preise.

Gebr. Kassner Ralowstraße 6
am Kollatsplatz

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Mag. Motel, Schneidermstr.
Neuföln, Ringbahnstr. 83, Tel. 900.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Viele Wertschätzungen u. Dankbriefe

Gold - Silber - Platin

Gegenstände, Bruch

Zahngelbte

kaufen zu unüberbietbaren Preisen

Gebrüder Fuhrmann,
Nollendorferstr. 39.

Arbeitsnachweisgesetz

mit Nebenbestimmungen erläutert von

Dr. jur. et phil. BERGER
Oberregierungsrat
im Reichsarbeitsministerium

W. DONAU
Regierungsrat im Reichsamt
für Arbeitvermittlung

Ein unerschöpfliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur prakt. in Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis 4 M. 62-50

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2